

presse

Zukunft des IFM GEOMAR in der Helmholtz-Gemeinschaft endlich klarer

Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Konsortialvertrages zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Land Schleswig-Holstein zum IFM GEOMAR erklären der Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion Ernst-Dieter Rossmann sowie der zuständige Berichterstatter René Röspel:

Mit der Unterzeichnung des Konsortialvertrages verläuft das Verfahren zur Überführung des Leibniz-Instituts für Meeresforschung (IFM-GEOMAR) in die Helmholtz-Gemeinschaft endlich in ruhigem Fahrwasser.

Der Flurschaden, den die Beschlüsse des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Zukunft des GEOMAR in der Wissenschaftsgemeinschaft angerichtet haben, ist dennoch immens. Anstatt ein wissenschaftsgetriebenes Verfahren zur soliden Bewertung der besten forschungspolitischen Rahmenbedingungen für das GEOMAR auf den Weg zu bringen, hat Bundesministerin Schavan ohne wissenschaftliche Expertise und ohne Konzept Beschlüsse mit weit reichenden strukturpolitischen Folgen durchgedrückt.

Der Schaden, den die schwarz-gelbe Landesregierung am Universitätsstandort Lübeck mit der Debatte über eine mögliche Schließung der medizinischen Fakultät angerichtet hat, wird noch auf Jahre spürbar sein. Die Bundesregierung hatte die Überführung des GEOMAR angeboten, um diese angekündigte Schließung abzuwenden. Ziel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung war, mittelbar den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein zu entlasten und nicht die Meeresforschung zu stärken. Die Überführung des

GEOMAR war nichts anderes als ein finanzielles Tauschgeschäft.

Wir erwarten nunmehr von der Bundesregierung, zügig transparent darzustellen, welche Pläne Frau Bundesministerin zur Zukunft der Meeresforschung verfolgt. Es reicht nicht, lediglich zu behaupten, der Transfer des GEOMAR sei ein Baustein für eine neue Struktur der Meeresforschung. Über die zukünftigen Strukturen der außeruniversitären Forschung in Deutschland wird weiter zu diskutieren sein. Wir erwarten von der Bundesregierung Entscheidungen im Dienste von Wissenschaft und Forschung, keine Nothilfe für schwache schwarz-gelbe Landesregierungen.